

Baubeschreibung

Los 23

Große Spree

Fkm 294,310 (Wehr Uhyst) bis Fkm 287,215 (Straßenbrücke B156)

Projekt-Nr.: 3.27.03-35051 – Los 23

zum Vorhaben: Gewässerunterhaltungsarbeiten für das Jahr 2025 und 2026 in der Gewässermeisterei Hoyerswerda

**Auftraggeber: Landestalsperrenverwaltung des
Freistaates Sachsen
Betrieb Spree/ Neiße
Am Staudamm 1
02625 Bautzen**

Inhaltsverzeichnis

Ziffer	Inhalt
--------	--------

1.	Vorbemerkungen
1.1	Allgemeine Hinweise
1.2	Nachunternehmer
2.	Beschreibung der Baumaßnahme
2.1	Auszuführende Leistungen
2.2	Ausgeführte Vorarbeiten
2.3	Beschreibung der örtlichen Verhältnisse
2.4	Erschwernisse und mögliche Behinderungen
2.5	Lage des Unterhaltungsabschnittes
2.6	Vorhandene öffentliche Verkehrswege
2.7	Zugänge, Zufahrten
2.8	Lager- und Arbeitsplätze
2.9	Oberflächenwasser
2.10	Boden- und Untergrundverhältnisse
2.11	Zu schützende Bereiche und Objekte
2.12	Bestehende Rechte
2.13	Ausführung der Bauleistung
2.14	Bauablauf/ Ausführungsfristen
2.15	Sicherungsmaßnahmen
2.16	Aufmaßverfahren
2.17	Ausführungsunterlagen
2.18	Mögliche Beeinflussungen durch andere Baumaßnahmen im Unterhaltungsabschnitt
3.	Allgemeines zur Bauausführung
3.1	Erschließung, Zufahrten
3.2	Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen
3.3	Lager- und Arbeitsplätze
3.4	Schutzbereiche und vorhandene Anlagen
3.5	Immissionsschutz
3.6	Provisorische Zufahrten
3.7	Baubehelfe
3.8	Oberflächenwasser / Hochwasser
3.9	Grünanlagen und Baumbestand
3.10	Bauzeit
3.11	Verkehrsführung
3.12	Unfallschutz
3.13	Ausführung
3.14	Kalkulation und Abrechnung

1. Vorbemerkungen

1.1 Allgemeine Hinweise

Die nachfolgenden Angaben befreien den Bieter nicht von der Verpflichtung, zur genauen Prüfung der für das Angebot und die Durchführung der Bauarbeiten maßgebenden örtlichen Verhältnisse. Sämtliche in der Baubeschreibung aufgeführten Erschwernisse, Behinderungen und Bedingungen sind bei den Pauschal- und Einheitspreisen zu berücksichtigen.

Es gehört zu den Aufgaben des Bieters, sich von der Vollständigkeit der Verdingungsunterlagen zu überzeugen.

Bei Widersprüchen in den Verdingungsunterlagen gilt der Langtext des Leistungsverzeichnisses.

Als Bieter kommen nur leistungsfähige Firmen in Frage. Mit der Unterzeichnung des Angebotes erklärt der Bieter, dass das zur Durchführung der Arbeiten benötigte Fachpersonal und die notwendigen Maschinen und Geräte zur Verfügung steht und die festgelegten Termine zuverlässig eingehalten werden.

Vereinbarung wegen Finanzierungsvorbehalt

Der AG beabsichtigt dem AN die Gewässerunterhaltung für die Jahre 2025 und 2026 zu übertragen.

Auf Grund der noch ausstehenden Finanzierung kann die schriftliche Vereinbarung für das Jahr 2026 (Auftragserteilung) erst dann eingegangen werden, wenn die Zuwendung für das Bauvorhaben für das Jahr 2026 bestätigt wurde.

Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung für die Gewässerunterhaltung für das Jahr 2026 besteht daher nicht.

1.2 Nachunternehmer

Nachunternehmer sind dem Auftraggeber schriftlich anzuzeigen.

Der AG behält sich eine Ablehnung des Nachunternehmers vor.

2. Beschreibung der Baumaßnahme

2.1 Auszuführende Leistungen

Die Spree einschließlich der Hochwasserschutzanlagen erfordert als technisch ausgebautes Gewässer regelmäßige Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen. Von Bedeutung sind dabei:

- Sicherung des Abflussprofils im Mittelwasser- und Hochwasserbereich
- Erhalt und Sicherung der Deckwerke einschl. der Rasendeckwerke
- Beseitigung von Schäden
- Beseitigung von Windwurf und Bruchholz

Die Landestalsperrenverwaltung des Freistaates Sachsen beabsichtigt auf der Grundlage der VOB die Vergabe von Rasenmäh- und Krautungsarbeiten, sowie Maßnahmen der Werterhaltung an der Spree zu vergeben.

In den nachfolgend angegebenen Abschnitt sind Pflegearbeiten in den **Jahren 2025 und 2026** durchzuführen.

Der **Unterhaltungsabschnitt** beginnt unterhalb vom Wehr Uhyst bei **Fkm 294,310** und endet an der Straßenbrücke B156 bei **Fkm 287,215**. Die Länge des Unterhaltungsabschnitts beträgt **7.095 m**.

Im oben angegebenen Abschnitt des Gewässers sind hauptsächlich Pflegearbeiten, speziell die Mahd von Gewässerrandstreifen, einschließlich der Krautung an den Mittelwasserböschungen und nach Bedarf in den Teilabschnitten an der Gewässersohle durchzuführen.

Notwendige Wiederherstellungs- und Rekultivierungsarbeiten für vom AN verursachte Schäden im gesamten Baubereich sind in den Positionen der Baustelleneinrichtung/ -beseitigung des LV zu kalkulieren.

Durch extreme Witterungsbedingungen (Hochwasser, Eisgang, Sturm, u.ä.) sowie hauptsächlich durch Schwarzwild und andere Wühltiere werden Schadstellen im Abflussprofil verursacht.

Diese Schadstellen (wie z.B. Oberflächenschadstellen an Böschungen, Vorländern und Deichen, Wühlgänge, Baue u.ä. im Hochwasserschutzbereich) sind innerhalb der ausgeschriebenen Leistungszeit durch den AN fachgerecht instand zu setzen.

Das gesamte Mahdgut (einschließlich sonstig anfallende Unterhaltungsrückstände) ist aus dem Abflussprofil zu entfernen.

Ziel der Krautung ist, eine wirksame Bewuchsbeseitigung bis auf die Gewässersohle bzw. in die Bereiche des oberen schlamm- /sanddurchsetzten Wurzelraumes das Gewässerprofil zu erreichen, um das vorhandene Gewässerprofil wieder frei zu stellen (DIN 4047). Zur Gewährleistung des Erosionsschutzes darf dabei die vorhandene Bewuchsdeckung aber nicht beschädigt werden.

Werden vom AN weitere Schäden festgestellt, sind diese umgehend beim AG anzuzeigen.

2.2 Ausgeführte Vorarbeiten

Die geplante Maßnahme wurde gemäß SächsWG § 31 i.V. mit WHG § 38 und § 41 bei den betroffenen Kommunen und Gemeinden schriftlich angezeigt sowie mit der zuständigen Wasserbehörde, Naturschutzbehörde und Fischereibehörde abgestimmt.

2.3 Beschreibung der örtlichen Verhältnisse

In Folge des Braukohleabbaues und der intensivierten Landwirtschaft in der Oberlausitz wurden Teile der Großen Spree künstlich verlegt und abschnittsweise gedichtet. Im Zuge der Rekultivierung ist eine Grundwasserabsenkung nicht mehr notwendig. In Teilabschnitten des Gewässers wurde die Dichtung entfernt und ein naturnaher Flusslauf hergestellt. Mittelwasserböschungen und Gewässersohle sind durch Wasserbausteine, vereinzelt Findlinge und in Teilabschnitten durch Totholzstämme befestigt. Im gesamten Abschnitt befinden sich auf dem Gewässerrandstreifen Grundwassermessstellen.

Den Schutz der Vorländer und Böschungen übernimmt eine künstlich angelegte Grasnarbe. Bei den in das vorhandene Gelände eingeschnittenen Abflussprofilen wurde der Schutz der wasserseitigen Böschungen zusätzlich durch ingenieurbologische Maßnahmen (Baumpflanzungen) realisiert.

Auf Grund der Gewässereutrophierung und fehlender Beschattung des Mittelwasserbereiches, kommt es zur Ausbildung eines starken Schilf- und Krautwuchses an der Sohle und an den Böschungen des MW-Profiles.

Zur Gewährleistung des landschaftsnotwendigen Mindestabflusses und einer schadlosen Hochwasserführung, ist an der Großen Spree mindestens 1x jährlich eine Profilkrautung (Mittelwasserböschungen/Sohlabschnitte) und mindestens 1x jährlich in Teilabschnitten des Gewässers, eine Deich-, Böschungs- und Vorlandmahd notwendig.

Hochwasser, Eisgang und andere hydrodynamisch bzw. fließgewässertypische Vorgänge verursachen Auskolkungen, Sedimentablagerungen, Ufer- und Vorlandabträge sowie Schadstellen (Tritt- u. Wühlschäden).

Im Winter 2020/2021 ist im Abschnitt die weitere Pflanzung zur fortschreitenden Entwicklung des Gewässers mit Weiden (*salix alba*) durchgeführt worden.

Zur Mengenermittlung sind folgende Durchschnittswerte anzusetzen:

- linke + rechte Gewässerrandstreifen	je ca. 12,00 m
- Sohlbreite	ca. 10,00 m
- Mittelwasserböschungen	ca. 2,00 m

Die Länge des Abschnittes beträgt ca. 7.095 m.

Im HW-Abflussprofil (Böschungsbereich) konnte sich ein Baum- und Strauchbewuchs herausbilden, der weitestgehend zu belassen ist. In diesem Gewässerabschnitt sind die Vorländer, Einfahrten, Mittelwasserböschungen zu mähen und zu krauten.

Auf der Mittelwasserböschung befinden sich abschnittsweise Baumgruppen. Diese sind bei der Mahd von Hand nachzuarbeiten. Der Mehraufwand ist selbst vor Ort zu erkunden und in den Positionen der Mahd des LV zu einzukalkulieren.

2.4 Erschwernisse und mögliche Behinderungen

Durch den teilweise geringen Flurabstand des Wasserspiegels, natürliche uferbegleitende Gehölze und unterschiedliche, teilweise starke Neigung der Uferböschungen ist die Mahd nur mit spezieller Kleintechnik zu unterhalten und zu beräumen.

2.5 Lage der Baustelle

Der Baubereich beginnt nordöstlich der Ortslage Uhyst, verläuft nordwestlich um die Ortslage Uhyst bis zur Straßenbrücke B156 (Bautzen - Bad Muskau – Senftenberg).

2.6 Vorhandene öffentliche Verkehrswege

Die Zufahrt zum Flusslauf kann über die B156 (Bautzen - Bad Muskau – Senftenberg), über die Straße „Zur Wildtierfarm“ der Ortslage Uhyst, sowie über neben dem Gewässer liegende öffentliche kommunale Verkehrs- bzw. Wirtschaftswege erfolgen.

Im Abschnitt ist die Zuwegung zum Teil nur über die Vorländer und Gewässerrandstreifen möglich.

2.7 Zugänge, Zufahrten

Im gesamten Unterhaltungsabschnitt befinden sich rechts sowie links am Wasserlauf, in Abständen ca. von bis zu 3 km befahrbare Ein- und Ausfahrtsrampen. Es sind ausschließlich die Ein- und Ausfahrtsrampen, welche mit einer Schranke gesichert sind, zu befahren. Im Unterhaltungsabschnitt wurden einige Ein- und Ausfahrtsrampen mit Verwallungen gesichert. Diese sind für die Unterhaltungsarbeiten nicht zu nutzen.

Auf der Böschungsoberkante der linken Gewässerseite verläuft ein Zaun zum Schutz vor der Afrikanischen Schweinepest. An den Niederfahrten sind Tore mit Bauzäunen eingerichtet. Diese sind nach dem Durchfahren sofort wieder zu verschließen.

Im Bereich der Ortslage Uhyst befindet sich eine Radwegbrücke. Hier ist die eingeschränkte Durchfahrtshöhe selbst zu erkunden und beim Einsatz geeigneter Technik zu beachten.

Eine technologiebedingte Nutzung von Privatwegen/-Flächen ist im Vorfeld vom AN mit den jeweiligen Eigentümern abzustimmen.

Als Legitimation für den AN zur Benutzung von Privatflächen wird auf das SächsWG § 38 - Besondere Pflichten bei der Gewässerunterhaltung- verwiesen.

Auftretende Schäden hat der AN dem AG sofort anzuzeigen, zu dokumentieren und nach Freigabe des AG unverzüglich zu seinen Lasten fachgerecht zu beseitigen.

Die Hinweise zu den Beeinflussungen durch andere Baumaßnahmen gem. Punkte 2.18 der Baubeschreibung sind auch hier zu berücksichtigen.

2.8 Lager- und Arbeitsplätze

Lager- und Arbeitsplätze werden vom AG nicht bereitgestellt und sind vom AN eigenverantwortlich zu beschaffen und einzurichten.

Geeignete Vorlandflächen können nach Absprache und Zustimmung des AG als kurzfristige Zwischenlager genutzt werden, soweit diese außerhalb des Hochwasserabflussprofils liegen. Diese Flächen können vom AG kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Die baurechtlichen und immissionsschutzrechtlichen Anforderungen für die zeitweilige Zwischenlagerung sind durch den Auftragnehmer zu klären.

2.9 Oberflächenwasser

Bei erhöhten Wasserständen die zur Überflutung bzw. Vernässung der Vorländer führen oder die dieses erwarten lassen (wie z.B. Ausuferung des Gewässers aus dem Mittelwasserprofil), sind alle Unterhaltungsarbeiten einzustellen.

Durch Abschwimmen oder sonstige gefährdete bzw. zur möglichen Gefährdung beitragenden Gegenstände, Technik sowie Unterhaltungsrückstände sind durch den AN unverzüglich zu sichern, oder nötigenfalls eigenverantwortlich aus dem Hochwasserabflussprofil zu entfernen.

2.10 Boden- und Untergrundverhältnisse

Die Große Spree ist im gesamten Unterhaltungsabschnitt ein technisch ausgebautes Gewässer, welches aus geologischer Sicht sich innerhalb einer Talsandfläche befindet. In dieser wurde bis in große Tiefe pleistozäne Schmelzwassersand (Talsande) abgelagert. Lokal können glaziale Schichten der Grundmoräne (Geschiebemergel, aufgenommenes und verarbeitetes tertiäres Material) bis zur Geländeoberfläche, die im Einschnittsbereich der Spree mehrere Meter unter der ursprünglichen liegt, reichen. Der Bereich nahe Uhyst kann noch durch holozäne, organogene Ablagerungen des alten Spreelaufes beeinflusst sein.

Gebietsüblich stehen im Vorland und Rampenbereich unter einer 150 mm bis 500 mm starken Kulturbodenschicht Fein - und Mittelsande in einer Mächtigkeit von 10 m bis 25 m an.

Ufer- und Mittelwasserböschungen wurden durch Totholzbäume und Schüttsteinen befestigt. Diese Befestigungen sind durch kulturfähigen Boden und natürliche Anlandungen abgedeckt. In Abschnitten mit erhöhter Erosion ist keine Überdeckung vorhanden und die künstliche Befestigung tritt hervor. Dieser Gesichtspunkt ist beim Einsatz der Unterhaltungstechnik durch den AN zu berücksichtigen.

2.11 Zu schützende Bereiche und Objekte

Die Spree verläuft bzw. tangiert im Unterhaltungsgebiet einige Schutzgebiete bzw. Gebiete mit bedeutsamen naturschutzfachlicher Wertigkeit.

Im Bereich von Fkm 293,266 bis 291,630 liegt der Unterhaltungsabschnitt teilweise im Schutzgebiet des Biosphärenreservat „Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft“.

Die u. g. **gesetzlichen Schonzeiten** sind bei der Ausführung der Gewässerunterhaltung zu beachten und einzuhalten.

Vogelbrutzeit - von Anfang März bis Ende Juni

Fischschonzeit - von 15. April bis 30. Juni (Barbenregion)

Vegetationszeit für Gehölze - Ende Februar bis Anfang Oktober

Vorhandener Baumbewuchs und sonst. Flurgehölz außerhalb des Abflussprofils ist weitgehend unbeeinflusst zu lassen.

Vom AN verursachte Beschädigungen an Bäumen und Gehölzen sind unverzüglich fachgerecht zu versorgen. Werden Gehölze durch Maßnahmen des AN so geschädigt, dass sie offensichtlich ausfallen, so ist vom AN entsprechender Ersatz zu leisten.
Eine intensive Befahrung der Gewässerrandstreifen ist zu vermeiden.

Alle Maßnahmen, welche negative Auswirkungen auf der vorhandenen Erosionsschutzschicht (Grasnarbe, Röhricht usw.) verursachen können, sind unzulässig!

Möglichkeiten der Boden- und Gewässerverunreinigung sind vom AN, durch die Ausrüstung der eingesetzten Maschinen und Geräte mit umweltverträglichen Betriebsstoffen (z.B. Bio-Öle), grundsätzlich zu vermeiden.

2.12 Bestehende Rechte

Vorübergehende Nutzungen von Gewässerrandstreifen und Ufergrundstücken für Unterhaltungsmaßnahmen an Gewässern I. Ordnung, die nicht im Eigentum des Freistaates stehen, unterliegen der Duldungspflicht (gem. SächsWG).

Sollten während der Bauausführung von Anliegern, Pächtern oder Grundstückseigentümern berechnete Interessen zur Eigennutzung der ausgeschriebenen Flächen an den AN oder an einen von ihm Beauftragten herangetragen werden, sind die Arbeiten im betroffenen einzustellen.
Der AN hat den AG bzw. dem Bevollmächtigten des AG unverzüglich über den Sachstand zu informieren.

Er hat weiterhin bis zur Klärung des Sachverhaltes außerhalb des in Frage kommenden Bereiches, seine Arbeiten vertragsgemäß fortzusetzen.

Sonstige Beeinträchtigungen von Rechten Dritter sind bei ordnungsgemäßer Baudurchführung nicht zu erwarten.

2.13 Ausführung der Bauleistung

Im **Los 23** sind folgende Leistungskomplexe enthalten:

1. Mahd
2. Krautung
3. Instandsetzung von Schäden durch Wühltiere etc.
4. Beseitigung Bruchholz/Windwurf

Ziel der Krautung ist es, eine wirksame Bewuchsbeseitigung bis auf die Gewässersohle bzw. in den Bereichen des oberen schlamm-/sanddurchsetzten Wurzelraumes des Gewässerprofils zu erreichen, um das vorhandene Abflussprofil für den Bemessungsabfluss frei zu stellen (DIN 4047).

Krautung der Gewässersohle erfolgt **nach Bedarf** und wird vor der Ausführung zwischen dem AN und AG abgestimmt.

Die Krautung der Gewässerböschungen und der Gewässersohle erfolgt vollflächig unter größtmöglicher Schonung des Gewässers und der Uferzonen. Die Technologie muss den „Richtlinien für die naturnahe Gestaltung der Fließgewässer in Sachsen“ entsprechen.

Notwendige Profilkrautungsarbeiten sollten weitestgehend von der unbefestigten Sohle aus, ohne intensive Befahrung der Gewässerrandstreifen, erfolgen. Für alle Mahd- und Krautungsarbeiten ist

leichte Technik, die auch bei vernässten Flächen die vorhandene Grasnarbe nicht beschädigen kann (geringer Bodendruck), einzusetzen.

Alle zum Einsatz kommenden Maschinen bzw. Arbeitsgeräte sind mit biologisch abbaubaren Schmier- und Betriebsstoffen auszurüsten.

Sämtliches Schnittgut ist in geeigneten boden- und bewuchsschonenden Verfahren aufzunehmen und abzutransportieren. Technologische Verfahren zur Mahd- und Krautung vom Wasser aus werden grundsätzlich bevorzugt berücksichtigt.

Längere Zwischenlagerungen im Abflussprofil und auf den Randstreifen (≥ 5 Tage) sind nicht zulässig.

Wildschädenbeseitigungsabschnitte werden vor der Ausführung zwischen dem AN und AG abgestimmt. Gleiches gilt für die Beseitigung von Bruchholz/ Windwurf/ Baum aus Gewässer entfernen.

Diese Leistungen laufen als Wanderbaustelle. Die Kosten für Baustelleneinrichtung und Beräumung sind innerhalb der EP's zu kalkulieren. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht.

Bei der Preiskalkulation ist durch den Bieter zu berücksichtigen, dass alle Arbeiten mit einem **Anteil von ca. 15 v.H. bei der Beräumung, Mahd und Krautung mit von Hand geführten Geräten oder anderen manuellen Hilfsgeräten (z.B. Motorsensen, Grell, Harken u.ä.), an für Technik schwer bzw. nicht zugänglichen Abschnitten durchzuführen sind.**

Ein unkontrolliertes Abschwimmen des Schnittgutes ist durch geeignete Maßnahmen des AN **zu verhindern (Krautfang o.ä).**

Beim Einsatz von Leit- und Auffangeinrichtungen im Flusslauf sind Abschwimmbereiche von mehr als 1000 m unzulässig. Die eingesetzten Leit- und Auffangeinrichtungen sind regelmäßig durch den AN zu kontrollieren und in Abhängigkeit vom Schwimmgutanfall, aber mindestens tagfertig, zu beräumen. Vorhandene wasserbauliche Anlagen dürfen grundsätzlich nicht als Leit-Auffangeinrichtungen genutzt werden.

Ausnahmen sind durch den AG zu genehmigen.

2.14 Bauablauf/ Ausführungsfristen:

Der Ausführungszeitraum für die Mahd beginnt Anfang September und endet Mitte November des laufenden Jahres.

Krautungsarbeiten sind Anfang September zu beginnen und Mitte November abzuschließen.

Die Beseitigung von Bruchholz/ Windwurf/ Baum aus Gewässer entfernen erfolgen nach Bedarf und nach Abstimmung mit dem Auftraggeber jeweils immer bis maximal Mitte November.

Der AG kann je nach Wiederaufwuchs zusätzliche vollständige Pflegegänge oder Teilpflegegänge wie z. B. nur Mahd und Mahdgutberäumung oder nur Krautung mit Krautgutberäumung oder auch nur Beseitigung von Bruchholz/ Windwurf/ Baum aus Gewässer entfernen anordnen.

Diesen Anordnungen/Anforderungen des AG hat der AN innerhalb von 5 Werktagen nachzukommen.

2.15 Sicherungsmaßnahmen

Die Sicherung der Baustelleneinrichtung gegen Hochwasser liegt in der Verantwortung des AN.

Bei eintretenden Hochwassergefahren hat er für die Freihaltung des Hochwasserprofils, im von ihm bearbeiteten Bauabschnitt eigenverantwortlich zu sorgen.

Als Richtwert gilt die Überschreitung des Wasserstandes von **3,50 m** am Pegel **Lieske (Alarmstufe 1)**.

Informationen zum Abflussgeschehen sind im erforderlichen Umfang über die Internetplattform der Landeshochwasserzentrale einzuholen. Bei der Überschreitung des Pegelstandes von **350 cm (Alarmstufe 1)** ist der AG zur Festlegung der weiteren Maßnahmen umgehend zu informieren.

Als zusätzlicher Richtwert kann eine Unterschreitung des Freibordes von ca. 10 cm im Mittelwasserprofil der Großen Spree genutzt werden. Bei Unterschreitung des Freibordes ist der AG zur Abstimmung weiterer Maßnahmen ebenfalls umgehend zu informieren.

Das vom AN eingesetzte Personal muss schriftlich über die Gefahren und Sicherheitsvorschriften im Bereich von Wasserbaustellen belehrt und unterwiesen sein.

2.16 Aufmaßverfahren

Die Abrechnung der Leistungen erfolgt auf der Grundlage der jeweils vereinbarten Einheitspreise.

Das gilt auch beim Anfordern/ Abruf von Teilleistungen durch den AG gem. Pkt.3.1 (VOB/B § 14 f.f).

Das Aufmaß des AG erfolgte durch die Aufnahme von repräsentativen Einzelprofilen und wurde unter Anwendung horizontal abgewickelter Flächen für annähernd gleiche Flussabschnitte arithmetisch gemittelt (i.a.M.).

Folgende durchschnittliche Maße sind anzusetzen:

Los 23 - Vergabe-Nr.: 3.27.03-35051						
Anlage zur Baubeschreibung, Punkt 2.16 - Aufmaßverfahren						
von Fkm	287,215		Straßenbrücke B156			
bis Fkm	294,310		unterhalb Wehr Uhyst			
Länge	7.095	m				
Seite	Einzelabschnitt/ Einzelfläche			Breite [m]	Länge [m]	Fläche [m²]
Mahd						
links	Gewässerrandstreifen			12,00	7.095,00	85.140,00
rechts	Gewässerrandstreifen			12,00	7.095,00	85.140,00
	Auf-/ Abfahrten (7x)			5,00	70,00	2.450,00
				Zw.-Summe	Randstreifen	172.730,00
Krautung						
rechts	MW-Böschung			2,00	7.095,00	14.190,00
links	MW-Böschung			2,00	7.095,00	14.190,00
				Zw.-Summe	MW-Böschung	28.380,00
60% v. 10,00 m	Sohlkrautung			6,00	1.000,00	6.000,00
	(erfolgt nach Absprache mit AG)			Zw.-Summe	Sohlkrautung	6.000,00

Hinweise zu den Aufmaßverfahren sind den Positionen des Leistungsverzeichnisses zu entnehmen.

2.17 Ausführungsunterlagen

Vom AG zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen:

- Übersichtslageplan M 1 : 5.000
- Leistungsverzeichnis
- Baubeschreibung

Vom AN zu beschaffende Ausführungsunterlagen:

- technologischer Erläuterungsbericht mit Angaben über den geplanten Geräte- bzw. Technikeinsatz – **mit Abgabe des Angebotes**
- prüfbarer Nachweis über den Verbleib bzw. die Deponie aller anfallenden Unterhaltungsrückstände. Dieser Nachweis ist jedem Aufmaßprotokoll bzw. der Schlussrechnung beizufügen.
- **Bauablaufplan** (zu Beginn der Vertragsleistungen vorzulegen)
- **Hochwassurmaßnahmeplan** und deren Fortschreibung
- Schachtscheine (nur bei Erfordernis, z.B. Entlandungsarbeiten)

- **Bautagebuch** - die Eintragungen sind vom AG bzw. vom beauftragten Vertreter gegengezeichnet als Bestandteil der Rechnungsunterlagen für die Schlussrechnung einzureichen.

2.18 Mögliche Beeinflussungen durch andere Baumaßnahmen im Unterhaltungsabschnitt

Im Auftrag der LMBV laufen Rückbau- und Sanierungsmaßnahmen an ehemaligen Tagebau-Nebenanlagen (Gleisanlagen, Brücken) bzw. an Tagebau-Restseen (Zulaufanlagen, Restseen).

Die dafür notwendigen Baustellen- und Materialtransporte sowie Zwischenlagerungen erfolgen teilweise auch über die bestehenden Ein- und Ausfahrten bzw. über/ auf den Deich- und Vorlandflächen. In diesen Bereichen ist daher mit Einschränkungen bzw. Unterbrechungen der Unterhaltungsarbeiten zu rechnen. Die Unterbrechungen sind im Voraus zu koordinieren und die räumlich-zeitliche Vorgehensweise darauf einzustellen. Die betreffenden Unterhaltungswege und Zufahrten sind blockiert, so dass die Zuwegung zum Unterhaltungsbereich, aber auch die durchgehende Befahrung des Gewässers unterbrochen sind. Sollten Überschneidungen, Behinderungen, Unterbrechungen und Unterhaltungserschwernisse o. ä. absehbar werden bzw. auftreten, ist der Vertreter des AG unverzüglich schriftlich zu informieren. Der AN hat bis zur Klärung des Sachverhaltes, außerhalb des in Frage kommenden Bereiches, seine Arbeiten vertragsgerecht fortzusetzen. Die räumliche Vorgehensweise und die Baustellenlogistik sind auf die erschwerten Bedingungen einzustellen:

- Umsetzen der Technik gemäß bauseitigem Erfordernis
- Geänderte Zufahrt zum Unterhaltungsabschnitt (Umweg)
- Sackgassen bei der gewässerparallelen Befahrung (keine durchgehende Befahrung bis zur nächsten Ausfahrt)

Die LTV führt im laufenden Dienstbetrieb regelmäßig und wiederkehrend Kontrollen im betroffenen Gewässerabschnitt durch. Es ist sicherzustellen, dass die Zufahrten und das Vorland während der gesamten Unterhaltungsleistung befahrbar bleiben.

3. Allgemeines zur Bauausführung

3.1 Erschließung, Zufahrten

Die einzelnen Gewässerabschnitte sind über das jeweilige Ortsstraßennetz und landwirtschaftliche Wege nur teilweise erreichbar. Einige Gewässerabschnitte können nur über den Gewässerrandstreifen erreicht werden. Andere sind wiederum nur zu Fuß zu erreichen.

Bei der Kalkulation der Einheitspreise sind neben den Zufahrten die begrenzt zur Verfügung stehenden Lager- und Arbeitsflächen zu erkundenden und daraus resultierende Erschwernisse einzukalkulieren.

Nach Nutzungsende sind alle Flächen wieder in ihrem ursprünglichen Zustand herzustellen.

3.2 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Anschlussmöglichkeiten für Ver- und Entsorgungsleitungen wie Strom, Telekom, Wasser und Abwasser muss der Auftragnehmer selbst erkunden und herstellen.

Dafür anfallende Kosten sind in der Position „Baustelle einrichten“ zu berücksichtigen.

3.3 Lager- und Arbeitsplätze

Flächen für Lager und Arbeitsplätze werden vom Auftraggeber nicht zur Verfügung gestellt.

Im Vorfeld hat sich der AN über die Möglichkeiten der Flächennutzung zu informieren.

Der AN hat die Flächen auf eigene Kosten anzumieten. Die genutzten Flächen und deren Zufahrt hat der Auftragnehmer nach Abschluss der Baumaßnahme auf seine Kosten wieder in den ursprünglichen Zustand zu versetzen.

Freistellungsbescheinigungen der Grundstückseigentümer sind nach Bauende bzw. vor der Abnahme dem AG für alle betroffenen und genutzten Grundstücke vorzulegen.

Baustelleneinrichtung und Lagerplätze sind außerhalb des Flussbettes vorzusehen. Geräte sind täglich nach Beendigung der Unterhaltungsarbeiten aus dem Gewässerbett zu entfernen.

3.4 Schutzbereiche und vorhandene Anlagen

Die Unterhaltungsarbeiten sind so durchzuführen, dass Schäden nicht auftreten können. In Folge der Unterhaltungstätigkeit aufgetretene Schäden sind auf Kosten des Auftragnehmers zu beseitigen.

Insbesondere wird darauf aufmerksam gemacht, dass private Anlieger Wassersaugleitungen zwischen dem Fließgewässer und ihren Grundstücken betreiben. Diese liegen überwiegend auf der Oberfläche und können durch Grasbewuchs schlecht oder nicht erkannt werden.

Der Auftragnehmer hat sich vor Ausführung der Arbeiten über die Lage von Leitungen, Kabeln (Dränen), Kanälen und Ähnlichem im Bereich der Baustelle beim zuständigen Träger der Ver- und Entsorgungsanlagen zu unterrichten und ggf. Schachterlaubnisscheine einzuholen.

Bei Kreuzungen und Näherungen mit vorhandenen Leitungen und Kabeln ist grundsätzlich Handarbeit auszuführen.

3.5 Immissionsschutz

Bei der Durchführung aller Arbeiten sind die entsprechenden Gesetze und Verordnungen des Umweltschutzes, insbesondere für Landschaftsschutz, Abfallbeseitigung, Wasser- und Luftreinhaltung sowie Lärmschutz zu beachten.

Es ist sicherzustellen, dass bebaute Grundstücke und deren Einrichtungen nicht durch Staub, Erschütterungen, Lärm und dergleichen derart beeinträchtigt werden, dass dadurch Ausgleichsansprüche im Sinne des § 906 Absatz 2 BGB entstehen.

Insbesondere sind zur Vermeidung von Staubbeeinträchtigungen geeignete Vorkehrungen zu treffen, die im Zweifelsfall mit dem Auftraggeber abzustimmen sind. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber - ohne Rücksicht auf Verschulden - von allen Ansprüchen Dritter (Ausgleichsansprüche) freizustellen.

Auf die Anlieger im näheren Umfeld der Baustelle ist größtmögliche Rücksicht zu nehmen. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die Forderungen der „Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Schutz gegen Baulärm“ vom 19.08.1970 beachtet werden.

Nacht- und Wochenendverkehr für die Baustellenversorgung ist auszuschließen.

Die Errichtung und der Betrieb der Baustelle einschließlich des Transports des Baumaterials haben so zu erfolgen, dass die gültige Lärmschutzverordnung eingehalten wird. Aufwendungen hierfür sind in die Einheitspreise einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

Durch die Baudurchführung dürfen keine vermeidbaren Immissionen an die Umwelt abgegeben werden. Das Bundesimmissionsschutzgesetz ist einzuhalten.

Im gesamten Baustellenbereich ist aus Gründen des Umwelt- und Grundwasserschutzes auf sorgsamem Umgang mit Betriebs- und Schmierstoffen zu achten. Die Technik ist mit biologisch abbaubaren Stoffen zu betreiben.

Bei der Geräuschemission von Dieselmotoren, Kompressoren und anderen Aggregaten darf der Schallpegel 75 dB (A), bzw. bei Rammen 85 dB (A), gemessen am nächsten Gebäude, nicht übersteigen. Dies erfordert den Einsatz von besonders schallgedämmten Maschinen. Mehrkosten für die vorgenannten Emissionsschutzmaßnahmen sind in die Einheitspreise einzurechnen. Eine besondere Vergütung hierfür erfolgt nicht.

Den Forderungen der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm - Geräuschemissionen - vom 19.08.1970 (Bundesanzeiger- Nr. 160) ist zu entsprechen.

Die Baustelle ist so einzurichten und zu betreiben, dass eine Verunreinigung des Gewässers und des Geländes durch Mineralöle, Benzine, Diesel und Fett oder andere wassergefährdende Stoffe ausgeschlossen werden kann.

Im Einzelnen sind vorzusehen:

- Mineralöle und sonstige wassergefährdende Stoffe dürfen nur in doppelwandigen Behältern mit Leckanzeige oder ausreichend dimensionierten Auffangwannen gelagert werden. Die Verordnungen und technischen Regeln für die Lagerung von wassergefährdenden bzw. brennbaren Flüssigkeiten sind sinngemäß anzuwenden. Für wassergefährdende Stoffe gilt die

Verordnung über Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe (VAwS) vom 10.10.1994 (GV.NW Nr. 74).

- Wassergefährdende Wartungs- und Reparaturarbeiten (zum Beispiel Waschen, Ölwechsel) sind im Baubereich nicht gestattet.

- Die Baumaschinen und -geräte müssen den Sicherheitserfordernissen genügen, in einem wartungstechnisch einwandfreien Zustand und gegen Tropfverluste gesichert sein. Sie sind vor

ihrem Einsatz einer gesonderten technischen Überprüfung auf Dichtheit hinsichtlich des Verlustes von Kraft- und Schmierstoffen (Druckproben bei Hydraulikeinrichtungen) zu unterziehen. Die Überprüfung ist anzuzeigen und nachzuweisen.

- Die Hydraulikanlagen sämtlicher einzusetzender Maschinen und Geräte sind mit einem Öl nicht wassergefährdender Art zu betreiben.
- Während der Bauarbeiten ist ständig dafür zu sorgen, dass keine das Wasser gefährdenden Stoffe oder Flüssigkeiten in den Boden, die Kanalisation oder das Gewässer gelangen.
- Trotzdem in den Boden oder das Gewässer gelangte Schadstoffe sind unverzüglich zu beseitigen. Ölbindemittel sind in einer ausreichenden Menge bereitzuhalten. Die Mittel müssen auch an der Wasseroberfläche wirksam sein. Die Eignung des gewählten Ölbindemittels ist nachzuweisen. Schadensfälle sind unverzüglich dem Auftraggeber, der Unteren Wasserbehörde und der örtlichen Ordnungsbehörde anzuzeigen. Ölverseuchter Boden muss sofort zu einer Verbrennungsanlage einer amtlich zugelassenen Entsorgungsstelle abgefahren werden.
- Jedes Baufahrzeug bzw. Baumaschine/Baugerät ist mit einem Ölset auszurüsten, das mind. 60 l Öl bindet.
- Das gesamte Baustellenpersonal muss zu Beginn der Arbeiten schulungsgemäß über alle Maßnahmen zum Schutz des Wassers im Baustellenbereich unterrichtet werden. Der Auftragnehmer muss dem Auftraggeber einen Ingenieur benennen, der verantwortlich ist, dass alle Schutzmaßnahmen auf der Baustelle eingehalten werden und der das Personal unter Zugrundelegung eines Ölalarmplanes unterrichtet.
- Der Ölalarmplan ist vor Beginn der Bauarbeiten vom Auftragnehmer gemeinsam mit dem AG abzustimmen und an der Baubüro-Außenwand in der Nähe des Bautelefonats gut sichtbar und dauerhaft anzubringen. Bei Unfällen, die eine Gewässergefährdung zur Folge haben könnten, müssen die notwendigen Gegenmaßnahmen sowie die hinzuzuziehenden bzw. zu unterrichtenden Stellen zu ersehen sein.

3.6 Provisorische Zufahrten

Die Erschließung von anliegenden Grundstücken ist während der gesamten Unterhaltungsarbeit sicher zu stellen. Die Organisation der Unterhaltungsarbeiten ist so durchzuführen, dass die Zufahrt für Versorgungs- und Rettungsfahrzeuge ständig gewährleistet ist.

Die hieraus entstehenden Mehraufwendungen des AN sind bei der Kalkulation der Einheitspreise zu berücksichtigen.

3.7 Baubehelfe

Bei Hochwassergefahr sind alle Baubehelfe aus dem Gewässer sowie von Überflutungsflächen zu entfernen.

3.8 Oberflächenwasser / Hochwasser

Es muss damit gerechnet werden, dass während der Bauzeit durch Hochwasser der Wasserspiegel schnell ansteigen kann.

Ein Maßnahmenplan im Hochwasserfall ist vor Baubeginn der Bauleitung vorzulegen und bestätigen zu lassen.

Der AN hat die Baustelle einschließlich der Baustelleneinrichtung eigenverantwortlich gegen Hochwasser zu schützen. Sämtliche Sicherungsmaßnahmen sind in den entsprechenden Positionen einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

Der AN hat sich bei den verfügbaren Informationsquellen über die aktuelle Wetterlage und bestehende Hochwasserlage zu informieren.

Informationsquelle	erreichbar unter	Information
Internet	https://www.umwelt.sachsen.de/umwelt/infosysteme/lhwz/index.html http://www.hochwasserzentrum.sachsen.de/	Aktuelle Wasserstände Aktuelle Durchflüsse Hochwasserwarnungen Hochwasservorhersagen (grafisch)
App	Meine Pegel	Aktuelle Wasserstände Aktuelle Durchflüsse Hochwasserwarnungen Hochwasservorhersagen (grafisch)
Sprachausgabe Hochwasserwarnungen	(0351) 8928 261	Aktuelle Informationen
Messwertansage im Landeshochwasserzentrum	(0351) 8928 260	Aktuelle Wasserstände
MDR-Videotext	Videotext ab Seite 500	Aktuelle Wasserstände

3.9 Grünanlagen und Baumbestand

Sämtliche Arbeiten sind so auszuführen, dass benachbarte Bäume und Sträucher nicht beschädigt werden. Durch den Auftragnehmer sind geeignete Maßnahmen zu treffen, um den Bestand zu schützen. Die Vorschriften der DIN 18920 – Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen sind einzuhalten.

Es ist die RAS-LP 4 in der gültigen Fassung vom 2004 zu beachten. Insbesondere haftet der AN auch für aus der Bautätigkeit aufgetretene Folgeschäden an der vorhandenen Bepflanzung.

3.10 Bauzeit

Unterhaltung im Jahr 2025

Mahd, Fkm 294,310 - Fkm 287,215

Krautung, Fkm 294,310 - Fkm 287,215

Instandsetzung von Wühltierschäden

Beseitigung von Bruchholz/ Windwurf

Beginn: 30.06.2025

Beginn: 01.09.2025

Beginn: nach Absprache

Beginn: nach Absprache

Ende: 29.08.2025

Ende: 07.11.2025

Ende: 07.11.2025

Ende: 07.11.2025

Unterhaltung im Jahr 2026

Mahd, Fkm 294,310 - Fkm 287,215	Beginn: 29.06.2026	Ende: 28.08.2026
Krautung, Fkm 294,310 - Fkm 287,215	Beginn: 31.08.2026	Ende: 06.11.2026
Instandsetzung von Wühltierschäden	Beginn: nach Absprache	Ende: 06.11.2026
Beseitigung von Bruchholz/ Windwurf	Beginn: nach Absprache	Ende: 06.11.2026

Für die Baustelle ist eine 5-Tage Arbeitswoche festgelegt.

Bei Verzögerungen im Bauablauf, die der AN zu verschulden hat, kann der Bauherr eine 6-Tage Arbeitswoche ohne Nachforderungen des AN verlangen.

Nach Abschluss der täglichen Baumaßnahmen ist auf Ordnung und Sauberkeit der Baustelle zu achten.

Alle diesbezüglichen Mehraufwendungen sind in die EP einzukalkulieren.

Im Rahmen der Auftragserteilung wird der Termin für die Bauanlaufberatung durch den Auftraggeber festgelegt.

Der Baubeginn ist dem AG schriftlich anzuzeigen.

Jeweils bei Abweichungen hat der AN unverzüglich einen neuen berichtigten Bauzeitenplan vorzulegen.

3.11 Verkehrsführung

Zufahrtwege für Feuerwehr-, Rettungs-, Polizei- und sonstige Hilfsfahrzeuge sind ständig freizuhalten.

Die Unterhaltung wird unter Aufrechterhaltung des Verkehrs in den angrenzenden Straßen realisiert.

In Anspruch genommener Verkehrsraum ist, wie vorgefunden, wiederherzurichten. Beseitigte Fahrbahnmarkierungen und Beschilderungen sind wiederherzustellen. Hierdurch entstehende Kosten werden nicht gesondert vergütet.

Alle verkehrseinschränkende Maßnahmen sind auf der Grundlage der StVO und der Verwaltungsvorschrift dazu sowie der RSA 1995 durchzuführen.

3.12 Unfallschutz

Die Sicherung der Baustellen und sonstige Aufwendungen zur Vermeidung von Gefährdungen der Bürger ist durch Absperrungen, Bauzäune und dergleichen durch den Auftragnehmer während der gesamten Bauzeit sowie auch bei Bauzeitenverlängerung oder -unterbrechung nach geltenden Bestimmungen aufrechtzuerhalten und ständig zu warten. Den Arbeitsschutz bei allen diesen

Projekt betreffenden Arbeiten hat der Auftragnehmer in Eigenverantwortung entsprechend den Unfallverhütungsvorschriften durchzusetzen.

Eine zentrale Erste-Hilfe-Station sowie weitere Anforderungen nach der Arbeitsstättenverordnung oder der Unfallverhütungsvorschrift „Erste Hilfe“ (BGVA 5) hat der AN einzurichten bzw. zu erfüllen. Der Ersthelfer muss vor Baubeginn im Alarmplan namentlich genannt werden. Jeder notwendige Ersthelfer muss seine Ausbildungsbescheinigung den Fachorganen zur Einsicht vorlegen.

Der AN hat dafür zu sorgen, dass Arbeitsplätze entsprechend § 12 BGV C22 mit Sicherheitseinrichtungen und Verkehrswegen versehen werden.

Der AN darf nur solche Maschinen und Geräte auf die Baustelle bringen, die die vorgeschriebenen Sicherheitsprüfungen aufweisen. Die Prüfbescheinigungen sind auf der Baustelle vorzuhalten.

3.13 Ausführung

Mit Beginn der Bautätigkeit hat ein namentlich zu benennender Vertreter des AN ständig auf der Baustelle anwesend zu sein.

Das Gewässer einschließlich Ufer ist nach Wahl des AN vor zusätzlichen Beschädigungen und Verunreinigungen zu schützen.

3.14 Kalkulation und Abrechnung

Zu jeder Rechnung sind entsprechende Aufmaße und Mengenermittlungen beizufügen.

Die Mengenermittlung für die Abrechnung der Leistungen erfolgt nach Aufmaß und Ausführungszeichnungen. Mengen, die nach Längen- oder Flächenmaß abzurechnen sind, werden durch horizontale Messungen ermittelt.

Die Kosten hierfür werden nicht gesondert vergütet.

Der Auftraggeber setzt zur Aufmaßkontrolle Drohnen (UAS) ein, um Flächen mittels Photogrammetrieverfahren dreidimensional zu erfassen. Dabei werden die aufgenommenen Daten verarbeitet und ausgewertet, um eine präzise Vermessung der Flächen zu gewährleisten. Die so gewonnenen Messergebnisse dienen der Dokumentation und Überprüfung der ausgeführten Leistungen.

Stellt der AG Stoffe oder Bauteile, wird hierauf in der Position besonders hingewiesen. Zu beseitigende Materialien werden Eigentum des AN und sind fachgerecht zu entsorgen.

Stand: 03.04.2025